

Beschluss- (Resolutions-)Antrag

der Landtagsabgeordneten Birgit Hebein, Mag.^a Barbara Huemer, Brigitte Meinhard-Schiebel, Peter Kraus, BSc (GRÜNE) sowie Christian Hursky, Prof. Harry Kopietz, Mag. Marcus Schober, Mag.^a Nina Abrahamczik, Peter Florianschütz, Luise Däger-Gregori, MSc (SPÖ) eingebracht zu Post Nr. 5 der Tagesordnung in der Sitzung des Wiener Landtages am 23.3.2018

betreffend Sicherheit der Ratspräsidentschaft 2018

Am 1. Juli 2018 übernimmt Österreich die Ratspräsidentschaft. Allein die Stadt Wien wird im zweiten Halbjahr Schauplatz von rund einem dutzend Gipfeltreffen auf höchster politischer Ebene.

Diese geballte Gipfeltätigkeit bedeutet für die Sicherheitskräfte des Landes eine enorme Herausforderung. Viele der zu bewältigenden Aufgaben fallen in den Verantwortungsbereich des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Die Abwehr von Terroranschlägen, Lagebeurteilung von Großdemonstrationen, Personenschutz - all diese Felder sollen im BVT zusammen laufen.

Ausgerechnet in der heißen Phase der Vorbereitung für diesen Mammuteinsatz hat Innenminister Herbert Kickl durch eine nach Anlass und Durchführung fragwürdige Razzia beim BVT ein enormes Sicherheitsrisiko für Österreich und unsere europäischen PartnerInnen geschaffen. Nicht nur muss die Aktion eine mittelfristig nicht zu reparierende Verunsicherung der Sicherheitsbehörde zur Folge haben, auch für den Informationsfluss mit befreundeten Diensten stellen die Vorgänge eine schwere Hypothek dar.

Der neue Innenminister hat die Sicherheitsbehörden in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt.

Die notwendige Aufklärung von offenen Fragen durch das Innenministerium erfolgte bestenfalls schleppend. Statt offene Fragen offensiv aufzuklären und Vertrauen in die Sicherheitsbehörden wiederherzustellen, ging der Innenminister zu Attacken auf den politischen Gegner über. Das wird kaum zur Glättung der Wogen führen.

Im Raum steht der Verdacht, dass der Innenminister die selbst verschuldete Vertrauenskrise nutzen wird, um das BVT im Zuge eines grundlegenden Umbaus parteipolitisch umzufärben.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschluss-(Resolutions-)Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Bundeskanzler Sebastian Kurz möge in seiner Verantwortung als österreichischer Regierungschef die notwendigen Schritte unternehmen, um in Österreich aber auch bei unseren europäischen PartnerInnen rasch wieder Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden aufzubauen. Insbesondere ist der Bundeskanzler aufgefordert, sich unmissverständlich zu den Vorfällen zu äussern und sich auch gegenüber der europäischen Öffentlichkeit für eine schonungslose Aufklärung der Vorgänge sowie für die professionelle und rechtsstaatlich einwandfreie Handhabung der Causa ab diesem Zeitpunkt zu verbürgen. Um den Verdacht zu zerstreuen, die Vertrauenskrise sei mutwillig herbeigeführt worden, um das BVT im Zuge eines Umbaus umzufärben, möge der Bundeskanzler ein Moratorium für den Umbau des Bundesamtes in der laufenden Legislaturperiode erklären.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 23. März 2018

Basel
Bashore
Don Juan
Bernhard
C. D.
Reinhold
Impul

